

**Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"**

Protokoll

13. Sitzung (nicht öffentlich)

1. Oktober 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 12.05 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schaufuß (SPD)

Stenographin: Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994
(Haushaltsgesetz 1994)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Einzelplan 05 - Kultusministerium

1

An den Bericht von Ministerialrätin Leckebusch (Kultusministerium) schließt sich eine Aussprache an. Dabei werden insbesondere die Auswirkungen der Verschlechterung der Relationen für Integrationshilfe und muttersprachlichen Ergänzungsunterricht an bestimmten Schulformen angesprochen.

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

Seite

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ministerialrätin Köhler-Büssow, Ministerialrat Breuksch und Ministerialrat Schmitz (alle Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) erläutern die Veränderungen der Ansätze im Einzelplan 07, die mit der Integration ausländischer Arbeitnehmer, den Einschulungshilfen für ausländische Kinder und Aussiedlerkinder und insbesondere der beruflichen Orientierung ausländischer Jugendlicher in Zusammenhang stehen.

- Aussprache.

2 Lernen für das Leben in einer multikulturellen Gesellschaft

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2643

18

Nach kurzer Diskussion faßt die Arbeitsgruppe einstimmig den im Diskussionsenteil auf Seite 21 aufgeführten Beschluß.

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Ministerialrätin Leckebusch (Kultusministerium) führt aus, aufgrund der finanz- und wirtschaftspolitischen Lage, der Einsparungen auf allen Ebenen, in allen Bereichen und der unvermeidlichen Kürzungen der Mittel sei die Gruppe der Ausländer und Aussiedler nicht ausgeklammert worden. Dafür habe das Land im Jahre 1993 immerhin 4 932, also fast 5 000 Stellen zur zusätzlichen Förderung bereitgestellt. Davon seien 1 413 auf den Muttersprachlichen Ergänzungsunterricht und 3 519 auf Integrationshilfe entfallen. Bei dem letzten müsse man bedenken, daß die Zahl ausländischer und ausgesiedelter Schüler inzwischen auf 422 490 angestiegen sei, die sich auf 6 000 Schulen verteilen. Im Laufe des letzten Schuljahres hätte noch eine kaum zu verkraftende Zahl von Seiteneinsteigern eingegliedert werden müssen, die ohne Deutschkenntnisse in die Schulen gekommen seien.

Auf eine entsprechende Nachfrage der Abgeordneten **Matthäus (CDU)** erläutert **MR'in Leckebusch (KM)**, die Integrationshilfe umfasse alle Fördermaßnahmen für Schüler und Schülerinnen, die ohne deutsche Sprachkenntnisse oder mit sehr geringen Sprachkenntnissen in die deutschen Schulen kämen. Dazu würden Förderklassen gebildet, die eine geringe Schülerzahl aufwiesen. Auch gebe es Fördergruppen, in denen zusätzliche Förderung mit zwei Stunden täglich gegeben werde.

Allein die Hauptschule habe im vergangenen Jahr 6 766 ausländische Seiteneinsteiger und 3 461 ausgesiedelte Schüler aufgenommen. Häufig hätten diese Schüler in die oberen Klassen eingestuft werden müssen. Oft kämen Schüler und Schülerinnen erst

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

im Alter mit dreizehn oder vierzehn Jahren in die Bundesrepublik. Diese Zahl habe insgesamt über 20 000 betragen.

Auf der anderen Seite seien einige tausend Kinder in die Türkei zurückgeschickt worden, was wohl auch mit Solingen zusammenhänge. Die genaue Zahl könne sie nicht nennen. Die Türkei stehe aber jetzt vor ähnlichen Problemen, vor denen die Bundesrepublik immer stehe. Die Türkei sei nicht auf solche Gruppen eingestellt, die im übrigen höhere Ansprüche stellten als diejenigen, die vor zehn Jahren einmal zurückgekommen seien. Sie wollten nach Möglichkeit in die Anadolu-Schulen, welche häufig keine Aufnahmekapazitäten mehr hätten.

Die Bildungsvoraussetzungen der Seiteneinsteiger fielen sehr unterschiedlich aus. Auf der einen Seite finde man eine große Zahl von Kindern, die als Analphabeten ihrer eigenen Sprache hierherkämen - zwölf-, dreizehnjährige Schüler, die vorher nie eine Schule besucht hätten. Hauptsächlich kämen diese Kinder aus Rumänien, aus dem südlichen Teil Jugoslawiens, vielfach Roma, aber auch Schüler aus dem Libanon und anderen Kriegsgebieten. Sie hätten erhebliche Probleme.

Auf der anderen Seite gebe es Schüler mit ganz hohen Bildungsvoraussetzungen. Sie denke da zum Beispiel an die Kontingentflüchtlinge, insbesondere jüdische Auswanderer aus Rußland, die, aus anderen Bildungsschichten kommend, möglichst sofort das Gymnasium besuchen wollten. Dies habe neue Probleme bei der Eingliederung mit sich gebracht. Man könne ja nicht rumänische Roma mit den rußlanddeutschen Juden zusammen tun. Hier hätten neue und andere Organisationsformen gefunden werden müssen.

Der Zuschlag für diese Integrationshilfen sei zwar auf alle ausländischen Schüler bezogen. In den Genuß komme aber nur die Gruppe der Seiteneinsteiger, und zwar im ersten Jahr ihres Hierseins sehr intensiv mit etwa zwei Stunden zusätzlich pro Tag. Im zweiten und dritten Jahr erhielten sie eine zusätzliche Förderung von zwei bis drei Wochenstunden.

Die zusätzlichen Hilfen hätten bei weitem nicht ausgereicht, um alles Wünschenswerte und vielleicht auch Notwendige an Integrationsmaßnahmen vorzunehmen. Das Kultusministerium habe dennoch überlegt, an welchen Stellen Kürzungen verantwortet werden könnten. Nun seien die Zuschläge für Integrationshilfen bei Gesamtschulen und Sonderschulen an diejenigen der Grundschulen angeglichen worden. Sie hätten bisher eine Relation von 1 : 90 bzw. für die Sonderschule 1 : 85 gehabt. Beide Relationen seien auf 1 : 120 angehoben worden. Dies führe dazu, daß eine Reihe

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

zusätzlicher und erforderlicher Fördermaßnahmen in Deutsch und anderen Fächern für schwache Schüler erheblich eingeschränkt werden müsse. Mit diesen Einschränkungen hätten die anderen Schulformen in den vergangenen Jahren schon leben müssen, weil die Zuschläge aufgrund der hohen Zahl von Zuwanderern nur noch für die Förderung dieser Gruppe in Frage gekommen sei.

Im übrigen seien die Gesamtschulen und Sonderschulen aufgrund ihrer besonderen Schulstruktur her nicht in der Lage, in gleichem Umfang wie andere Schulformen Auffangklassen und Fördergruppen für diejenigen Schüler und Schülerinnen einzurichten, die gerade aus dem Heimatland hierherkämen. Bei den Sonderschulen müsse auch bedacht werden, daß die Kinder, die hierherkämen, in der Regel nicht sofort in eine Sonderschule geschickt würden, so daß die Sonderschulen in der Regel Kinder aufnähmen, die schon erste Förderungen im Deutschen erfahren hätten.

Das Kultusministerium meine, daß es zu vertreten sei, wenn die Relation der Sonderschule an die der Grundschule angepaßt werde. Bei den Gesamtschulen finde sich der Zwang, daß die Klassen bis zur Höchstzahl gefüllt werden müßten. Sie seien kaum in der Lage, noch Auffangklassen zu bilden und die Kinder hinterher in die vollen Klassen zu integrieren. Von daher sei die Gesamtschule aus diesem Bereich etwas ausgeschaltet worden. Natürlich habe sie weiterhin auch problematische Schüler. Sie meine aber, es könne verantwortet werden, die Relation der Gesamtschulen an die der Grundschulen anzupassen.

Die Realschulen und Gymnasien wiesen ohnehin eine schlechtere Relation auf. Die einzige Schulform, die jetzt noch eine besonders "gute" Relation habe, sei die Hauptschule, die in der Tat nach wie vor die belastetste Schulform darstelle. Die schwierigen Schülergruppen, die sie eben genannt habe, gingen nach wie vor in die Hauptschule.

Bei gleichzeitigem Anwachsen der Schülerzahlen komme es zu einer Reduktion der realen Stellen gegenüber dem Schuljahr 1993/94 von 63 in der Gesamtschule und 62 Stellen in der Sonderschule.

Beim muttersprachlichen Ergänzungsunterricht seien einige Kürzungen vorgenommen worden, und zwar seien die Relationen für Gymnasien, Realschulen, Gesamtschulen und Sonderschulen von 1 : 150 auf 1 : 200 angehoben worden. Bei der Sonderschule könne der anfallende Bedarf, der im letzten Jahr insbesondere im Hinblick auf die türkischen Jugendlichen abgenommen habe, in bisherigem Umfang abgedeckt werden.

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

Aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen komme es hier insgesamt zu einem Abbau von etwa 15 Stellen.

Bei den Gymnasien, Realschulen und Gesamtschulen nehme die Notwendigkeit zur Einrichtung von MEU-Gruppen in dem Umfang ab, in dem Türkisch oder auch Griechisch anstelle der zweiten Pflichtfremdsprache angeboten werde. Damit komme die jeweilige Migrantensprache in den Regelbereich hinein und müsse auch aus dem Regelbereich finanziert werden.

Der bisherige Bestand an ausländischen Lehrkräften für den muttersprachlichen Unterricht werde gehalten. Bedingt durch die Zunahme der Schüler gebe es insgesamt eine Reduktion der MEU-Stellen um elf. Dies könne durch natürlichen Abgang und Zusammenlegen von immer noch bestehenden relativ kleinen Gruppen ermöglicht werden.

Zum Sachhaushalt: Die Stellen für die Regionalen Arbeitsstellen blieben mit 44 gleich, obwohl in der Zwischenzeit fünf definitive Anträge auf Neueinrichtung von RAAs vorlägen. Dies führe sie auf die Anschläge in Solingen und anderswo zurück, aber auch darauf, daß viele problematische Schülergruppen hinzugekommen seien.

Definitive Anträge lägen aus Aachen, Heinsberg und Köln vor. Aus Mülheim, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und Bielefeld gebe es weitere Anfragen.

Die Mittel für Silentien seien von 2,5 Millionen auf 1,8 Millionen DM gekürzt worden, was einen erheblichen Einschnitt bedeute.

Im Haushalt seien auch die Mittel für die Entsendung deutscher Lehrkräfte an die Rückkehrschulen in der Türkei von 800 000 DM auf 650 000 DM gekürzt worden. Im übrigen hätten nicht mehr genügend Lehrer gefunden werden können, die tatsächlich dahin gehen wollten. Die Zahl der Lehrer habe sich von sechszehn auf elf reduziert. Sie sehe kaum eine Möglichkeit, wesentlich mehr im nächsten Jahr zu verschicken.

Die Mittel für die Materialentwicklungen für den muttersprachlichen Unterricht seien von 230 000 DM auf 150 000 DM gekürzt worden. Auch dies stelle einen erheblichen Einschnitt dar. Es werde aber versucht, ob noch EG-Mittel hinzugewonnen werden könnten. Das Land habe zwei Anträge in diese Richtung gestellt.

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

Eine Fußnote im Haushalt habe die Möglichkeit eröffnet, pro Sprache der Anwerbeländer eine halbe Lehrkraft für Entwicklungsarbeiten, Beratungs- und Übersetzungsaufgaben an das Landesinstitut zu geben. Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern habe es dies in NRW bisher nicht gegeben. Diese fünf Stellen müßten aus dem Ausländerbonus genommen werden. Sie sei froh, daß diese Stellen genehmigt würden, da sonst eine ganze Reihe von Arbeiten und Ansinnen, beispielsweise die Absicht, die Herkunftssprache Türkisch in das Regelangebot hineinzubringen, nicht verwirklicht werden könnten.

Leitender Ministerialrat Dr. Bröcker (Kultusministerium) erläutert die in der Anlage zu diesem Protokoll enthaltene Tabelle über die Stellen für ausländische und ausgesiedelte Schüler und Schülerinnen. Lediglich an Grund- und Hauptschulen sei keine Bedarfsveränderung vorgenommen worden. Die Veränderungen der Parameter im Bereich der Integrationshilfe und des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts hätten den Mehrbedarf aufgrund des Schülerzuwachses von eigentlich 292 um 274 Stellen gesenkt. Nehme man jedoch alle Zahlen zusammen, ergebe sich immer noch ein plus von 18 Stellen.

Der Fundus der Stellen insgesamt sei nicht herabgesetzt worden. Allerdings habe dem Zuwachs der Schülerzahlen nicht entsprochen werden können. Aufgrund des Null-Stellen-Zuwachsprinzips habe sich das Ministerium gezwungen gesehen, die Parameter zu verändern.

Dr. Bröcker weist noch darauf hin, daß es insgesamt einen Schülerzuwachs von 1,2 % im kommenden Schuljahr geben werde. Bei den ausländischen Schülern und ausgesiedelten Schülern und Schülerinnen betrage der Zuwachs aber 5,6 %.

Der Vorsitzende bittet um genauere Differenzierung bei den Zahlen der ausländischen und ausgesiedelten Schüler und Schülerinnen. Die Fördernotwendigkeit habe auch damit zu tun, ob jemand in Deutschland geboren sei oder nicht.

Abgeordnete Matthäus (CDU) fragt, inwieweit sich die Veränderungen bei den Integrationshilfen in den Klassen bemerkbar machen würden.

Frau Leckebusch habe eben auf eine Schülergruppe aus Rußland aus dem höheren Bildungsniveau gesprochen. Aber auch deren Deutschkenntnisse seien oft sehr gering,

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

weil sie über viele Jahre hinweg die deutsche Sprache nicht hätten pflegen dürfen. Sie frage, welche Erfahrungen mit diesen Schülern, speziell in Gymnasien, gemacht worden seien.

Abgeordneter Giltjes (CDU) hält fest, Frau Leckebusch habe von 20 000 Schülern und Schülerinnen gesprochen, die im Laufe des letzten Schuljahres als Seiteneinsteiger nach Nordrhein-Westfalen gekommen seien. Diese seien selbstverständlich nicht in Deutschland geboren, auch nicht die 3 400 und so viel ausgesiedelten Schüler und Schülerinnen. Die Zahl der in Deutschland geborenen ausländischen Schüler und Schülerinnen müsse man woanders feststellen können.

Aufgrund der beabsichtigten Kürzungen sind nach Ansicht der **Abgeordneten Schumann (GRÜNE)** bestimmte Hilfestellungen bei der Integration, beispielsweise das Bilden kleiner Klassen in Schulen mit besonders hohem Ausländeranteil, nicht mehr möglich. Integrationshilfe sollte eigentlich mehr umfassen als nur die Berücksichtigung einer bestimmten Gruppe.

Sie frage, wie sich die Größe der Förderklassen oder Seiteneinsteigerklassen in den letzten Jahren entwickelt habe.

Sodann fragt Frau Schumann nach der Größe der Klassen, in die die ausländischen Schüler und Schülerinnen nach dem täglichen zweistündigen Förderunterricht kämen. Sie würden ja dann zusammen mit den Deutschen weiter unterrichtet. Vielleicht könnte man das, differenziert nach Schulformen, betrachten.

Die Nachfrage nach muttersprachlichem Ergänzungsunterricht orientiere sich sicher auch danach, wie stark man anbiete und den Eltern diese Form der Persönlichkeitsentwicklung nahelege. Im Durchschnitt werde der muttersprachliche Ergänzungsunterricht zu 60 % wahrgenommen. Das könnte man ja steigern. Dann würden natürlich andere Anforderungen an den Haushalt gestellt. Sie frage, wieviel Prozent der ausländischen Schüler und Schülerinnen mit den vorhandenen Stellen an diesem Unterricht teilnehmen könnten.

MR'in Leckebusch (KM) zeigt auf, Konsequenz der veränderten Parameter für die Gesamtschulen werde sein, daß sie keine Schüler mehr in Deutsch oder anderen

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

Fächern, etwa auch in Fremdsprachen, fördern könnten, die schon länger hier lebten. Diese Förderung werde nicht mehr in dem Umfang wie bisher möglich sein.

Frau Leckebusch macht darauf aufmerksam, daß es eine große Gruppe ausländischer Schülerinnen und Schüler gebe, die hier geboren seien und in den Schulen keine Probleme mehr machten. Zum Teil bereiteten sie sogar weniger Probleme als manche Deutschen, weil die ausländischen Familienstrukturen vielfach mehr in Ordnung seien als die der Deutschen. Darüber habe sie gerade mit Schulräten Gespräche geführt. Diese Zahl wachse.

Natürlich gebe es erhebliche Unterschiede im Lande. Wenn man beispielsweise die reinen Türkenviertel in Duisburg betrachte, aus denen die Kinder ohne vorhergehenden Kindergartenbesuch die Grundschulen besuchten und dort auch wenig Kontakt zu deutschen Schülern hätten, da sie in diesen Grundschulen die Mehrheit bildeten, kämen diese Kinder mit sehr großen Defiziten im Deutschen in die Gesamtschulen.

Das sehe wieder ganz anders beispielsweise im Münsterland aus, wenn die ausländischen Kinder zusammen mit den Deutschen aufwüchsen und in etwa dieselben Voraussetzungen mitbrächten, die deutsche Kinder auch hätten.

Was die Zahlen der Seiteneinsteigerklassen betreffe, sei diese Zahl bewußt nicht festgelegt worden, weil es auf die Schülerpopulation ankomme. Roma beispielsweise könnten nicht mit zwanzig Kindern zusammen unterrichtet werden. Oft würden zunächst sehr kleine Gruppen, gegebenenfalls aus vier oder fünf Kindern, gebildet, was auch genehmigt werde, um diese Kinder überhaupt erst einmal schulfähig zu machen. In RAA-Städten sehe das Ganze schon wieder anders aus, weil die Kinder oft vorher durch andere Träger auf die Schule vorbereitet würden.

Die Zahl der Schüler in den Auffangklassen liege in der Regel zwischen zehn und zwanzig. Mehr sei nicht zu verkraften. Dauernd kämen noch neue hinzu. Da finde man drei Schüler aus Rußland, zwei aus China, ein weiterer aus der Türkei und noch jemand mit irgendeiner anderen Sprache, die überhaupt niemand spreche. Hier hätten die Lehrer erhebliche Schwierigkeiten. Da könne man nicht mit einer Klasse von dreißig Schülern arbeiten. Der Bonus diene ja dazu, diese kleineren Klassen bilden zu können.

Nach dem Intensivkurs Deutsch würden die Schüler mit den Deutschen zusammen weiter unterrichtet. In der Grundschule gestalte sich das sehr einfach, weil die Betroffenen in vielen Stunden manches mitbekämen und schneller integriert würden, auch

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

wenn sie beispielsweise in Musik, Sport oder einigen anderen Fächern nicht alles sofort hundertprozentig verstünden. In den ersten Klassen der Sekundarstufe I gehe dies auch noch. Es werde allerdings schwierig, wenn die Schüler und Schülerinnen in der Pubertät seien und auf einmal in eine deutsche Klasse hineingesteckt würden, ohne ein Wort Deutsch zu sprechen.

Von daher finde man viele Schüler in den Auffangklassen wieder. Bei den jüngeren gebe es mehr diese gemischte Form.

Eben habe sie die Schülergruppe mit dem relativ hohen Bildungsstand aus Rußland angesprochen. Hier handele es sich um Juden russischer Nationalität, die als Kontingentflüchtlinge nach Deutschland kämen. Mit diesen Gruppen habe man sehr gute Erfahrungen gemacht. Ein Großteil sei auch ihren Wünschen entsprechend in Gymnasien untergebracht. Sie zeigten sich sehr lernwillig, äußerst eifrig, begriffen schnell und könnten rasch in die deutschen Klassen integriert werden - zumindest da, wo es vernünftig gemacht werde. Dies müsse man immer hinzufügen.

Mit Blick auf die russischen Aussiedler berichteten ihr Schulen von zur Zeit recht problematischen Gruppen, Schülern, die ohne deutsche Sprachkenntnisse hierherkämen und auch vom ganzen Verhalten und der mangelnden Bereitschaft her, sich eingliedern zu lassen, an einigen Stellen erhebliche Probleme bereiteten.

Zum muttersprachlichen Ergänzungsunterricht: Die Nachfrage lasse in einigen Sprachen, insbesondere beim Türkischen, etwas nach. Die Türken der dritten Generation wollten häufig nicht mehr in dem Umfang diese zusätzliche Belastung auf sich nehmen, nachmittags in die Schule zu kommen, statt Fußball zu spielen. Bei den Jugoslawen verzeichne man auch einen Rückgang, der im Augenblick nicht aufgefangen werden könne, bevor nicht die Kriegswirren beendet wären. Dann werde man sehen, ob man den Unterricht mit den verschiedenen Nationalitäten zusammen weiterführen werde und wie das Ganze zu gestalten sei.

In den anderen Sprachen nehme die Nachfrage nicht ab, sondern eher zu. Spanier, Portugiesen und Italiener ließen nicht nach in der Teilnahme am muttersprachlichen Unterricht. Die Spanier nehmen nach wie vor fast hundertprozentig daran teil.

Mit den vorhandenen Stellen könnten nach wie vor etwa 60 % der ausländischen Schüler und Schülerinnen versorgt werden. Der Erfahrungswert habe immer zwischen 60 und 65 % betragen. Da die Schülerzahl zunehme und die Lehrer gleichblieben,

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

gehe sie von einer etwa 60%igen Versorgung aus. Die Zahlen vom jetzigen Schuljahr über die eingerichteten Gruppen lägen ihr noch nicht vor.

Im Zuge der Sparmaßnahmen würden Angebote hier und da in ländlichen Gebieten ausfallen, in denen es sehr kleine Gruppen gegeben habe, was auch zu hohen Fahrtkosten geführt habe. Die Schulträger fingen jetzt auch zu rechnen. Aus dem Regierungsbezirk Arnsberg habe sie gehört, daß die Schulträger nicht mehr bereit seien, diese Fahrtkosten zu tragen. Auf der anderen Seite sollten auch keine Gruppen von fünf oder sechs Schülern gebildet werden. Sie müßten schon eine normale Stärke von mindestens fünfzehn oder sechzehn Schülern und Schülerinnen aufweisen, nach Möglichkeit mehr. Es bestünden keine Probleme, sie auch an normale Klassengrößen anzupassen. Dies sei aber aufgrund der Schülerstruktur nicht möglich.

Über den muttersprachlichen Unterricht würden immer Informationen herausgegeben. Gerade die Regionalen Arbeitsstellen, auch das Landesinstitut entwickelten Materialien. An einigen Stellen werde in der Tat der muttersprachliche Unterricht aufgrund gestiegener Schülerzahlen nicht mehr in dem bisherigen Umfang angeboten werden können.

Ministerialrätin Köhler-Büssow (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) stellt heraus, auch wenn Kinder ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland geboren seien, sei dies nicht so aussagekräftig, wie es auf den ersten Blick aussehe. Es treffe beispielsweise nicht zu, daß sie keine Sprachprobleme hätten. Da finde man sehr große Unterschiede. Viele Gruppen, die sich in ihre eigenen Kultur zurückgezogen hätten, seien eben nach wie vor nicht integriert. Sie hätten erhebliche Sprachprobleme beim Einstieg in die Grundschule.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE) fragt, ob für die Klassen mit Seiteneinsteigern die Richtwerte jeweils eingehalten werden müßten. Weiterhin interessiere sie, welche Qualifikationen die Lehrer und Lehrerinnen, die mit Seiteneinsteigern arbeiteten, aufwiesen, ob sie beispielsweise an Fortbildungen in "Deutsch als Fremdsprache" teilgenommen hätten. Auch gebe es ja einen bestimmten Studiengang.

Wenn die Türken der dritten Generation das Interesse am muttersprachlichen Unterricht verlören, lieber Fußball spielten, könne dies auch damit zu tun haben, daß der muttersprachliche Ergänzungsunterricht nicht am Vormittag erteilt werde. Nachmit-

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

tagsangebote seien immer weniger attraktiv und würden eher als Belastung empfunden.

Wenn Türkisch vermehrt als zweite Fremdsprache angeboten würde, käme man auch denjenigen entgegen, die sich jetzt nur dafür entscheiden könnten, zusätzlich etwas zu machen, was aber die Freizeit einschränke. Frau Schumann fragt, wie sich die Angebote im Fach Türkisch als reguläre zweite Fremdsprache gestalten.

Die Klassenstärken dürften nicht unterschritten werden, betont MR'in Leckebusch (KM). Das, was für die bestimmten Gruppen zusätzlich eingestellt werde, werde allein für die Fördermaßnahmen, den Intensivkurs benötigt.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE) fragt, ob Frau Leckebusch davon gehört habe, daß sich deutsche Eltern beschwert hätten.

MR'in Leckebusch (KM) verneint diese Frage. Die Schüler kämen ja auch nicht geballt aus einer Auffanggruppe in eine Klasse hinein. Dies verteile sich auf mehrere Klassen. Sie würden dann für den Intensivkurs herausgezogen, eventuell werde er auch hinten angehängt. Da finde man unterschiedliche Organisationsformen. In den Klassen finde man dann ein, zwei oder drei dieser Seiteneinsteiger. Die Lehrer könnten versuchen, mit innerer Differenzierung den Unterricht zu gestalten. Die Seiteneinsteiger sollten aber im Umgang mit den Deutschen die Möglichkeit haben, Sprachkompetenz zu erwerben. Sicherlich könnten sie in den Sachfächern nicht vollständig gefördert werden. Das würde die Lehrer überfordern.

Über die Frage der Fortbildung für Lehrer, die in Seiteneinsteigerklassen arbeiteten, habe die Arbeitsgruppe in einer der letzten Sitzungen diskutiert. Fast 20 000 Lehrer und Lehrerinnen seien in einem umfangreichen Verfahren ein Jahr lang intensiv fortgebildet worden. Da aber die Schüler jetzt anders verteilt würden, stehe man vor dem Problem, daß es in vielen Schulen niemanden gebe, der irgendwann einmal fortgebildet worden sei. Das Kultusministerium versuche nun, eine neue Fortbildungsreihe anlaufen zu lassen, und zwar vor allem kollegiumsinterne Fortbildung. Es bringe auch nichts, wenn wieder 500 ausgebildet würden, welche man an irgendwelchen Schulen finde, denen überhaupt keine Ausländer zugewiesen würden. Die Absicht bestehe, stärker örtlich zu arbeiten, Schulen Hilfen zu geben, auch in Form einer Handreichung.

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"

01.10.1993

sd-mj

13. Sitzung

Bisher gebe es relativ wenig Lehrer mit Zusatzqualifikationen Deutsch als Zweitsprache. Das liege auch mit daran, daß diese Zusatzqualifikation bei der Lehrereinstellung kaum berücksichtigt werde. Im Fach Deutsch für die Sekundarstufe I seien sehr wenig Lehrer eingestellt worden. Auch werde das Studium nicht so angenommen, wie man erhofft habe, weil es für die Studenten nicht sehr viel bringe. Die Arbeitsgruppe habe ja die Forderung gestellt, daß Deutsch als Zweitsprache mit in die Grundausbildung hineingehöre, und zwar sowohl in die erste als auch die zweite Phase der Lehrerausbildung. Dies gehöre in das erziehungswissenschaftliche Studium, aber auch in das Studium Sprache in der Grundschule bzw. Germanistik für die Sekundarstufen I und II. Bisher sei dieser Bereich nur fakultativ im Studium verankert.

Was die Forderung angehe, den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht in die Vormittagsstunden zu legen, werde dies dort gemacht, wo es möglich sei. In dem Augenblick aber, in dem sich eine Gruppe aus verschiedenen Schulen bilde, könne man das schon nicht mehr machen. Vielfach könne dies auch in der Sekundarstufe I nicht praktiziert werden, auch wenn die Gruppe nur aus einer Schule komme. Die verschiedenen Klassen müßten alle parallel geschaltet werden, um den Unterricht einbauen zu können. Fast alle Schulen hätten die 5-Tage-Woche. Der Vormittag sei voll ausgefüllt. Die Schulen gingen auch mit anderen Fächern in den Nachmittag hinein. Manche Schulen schafften es, wenigstens ein oder zwei Stunden irgendwann in den Vormittag zu legen.

Mit Blick auf die große Gruppe der türkischen Schüler und Schülerinnen halte sie es für angebracht zu versuchen, die Muttersprache Türkisch anstelle der zweiten Pflichtfremdsprache in den Regelunterricht hineinzunehmen. Alle Schulformen seien dazu auch bereit. Die Zahl der Schulen, an denen dies geschehe, steige. Im vergangenen Jahr hätten siebzig Schulen diesen Unterricht, aufsteigend bis zum Abitur, angeboten.

In Zusammenhang mit dem Ausbau Türkisch als Fremdsprache werde in Erwägung gezogen, daß grundständige Studium Türkisch an einer deutschen Universität oder Gesamthochschule zu ermöglichen, bemerkt Abgeordnete Schumann (GRÜNE). Sie fragt, ob dies in absehbarer Zeit verwirklicht werden solle.

MR'in Leckebusch (KM) hofft, daß der Lehrstuhl zum Sommersemester eingerichtet werde. Die Wissenschaftsministerin habe ihre Bereitschaft signalisiert. Zur Zeit liefen die Verhandlungen zwischen dem Kultusministerium und dem Wissenschaftsministeri-

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

um. Dafür müßten noch Verschiebungen im Hinblick auf die eine H-4-Stelle vorgenommen werden.

Der Vorsitzende bittet zu prüfen, inwieweit den drei konkreten Anträgen auf Einrichtung von Regionalen Arbeitsstellen mit insgesamt sechs Stellen entsprochen werden könne, wenn man in anderen Bereichen Veränderungen vornehme.

LMR Dr. Bröcker (KM) macht darauf aufmerksam, der Haushaltsplan sei noch Entwurf. Das Null-Stellen-Prinzip bedeute eine Bedarfsminderung von insgesamt 2 628 Stellen. Nun könne man nicht sagen, daß hier noch irgendwo etwas umgeschichtet werden könne.

Der Vorsitzende bittet zu überlegen, wie es ermöglicht werden könne, diese sechs Stellen zu schaffen.

Die Parameter müßten noch weiter gekürzt werden, gibt LMR Dr. Bröcker (KM) zu bedenken. In dem Haushalt mit Null-Stellen-Zuwachs sehe er keine Verfügungsmasse.

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ministerialrätin Köhler-Büssow (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) erläutert die im Haushaltsentwurf 07 enthaltenen Positionen, die die Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer betreffen. Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen - Titelgruppe 60 - Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer - werde um 300 000 DM gekürzt, allein 280 000 DM würden die Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen - Titel 684 60 - reduziert.

Einrichtungen wie Sozialberatungen könnten nicht auf dem bisherigen Stand gehalten werden, allein schon deswegen, weil die Sätze seit einigen Jahren nicht erhöht worden seien, was faktisch schon eine Kürzung bedeute. Zum anderen mache die Umstrukturierung eine Spezialisierung erforderlich. Das Konzept der flächendeckenden Ver-

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

sorgung könne in dieser Dichte nicht beibehalten werden. Die räumliche Konzentration mache eine zielgruppenorientierte Spezialisierung auf bestimmte Problemfelder, auf bestimmte Gruppen notwendig. Die Sozialberater müßten fortgebildet werden. In Zukunft sollten nicht nur die ausländischen Arbeitnehmer angesprochen werden, sondern auch andere Migrantengruppen, die länger hier lebten. Der Übergang von der Schule in den Beruf gehöre zu den Feldern, die verstärkt berücksichtigt werden sollten.

Titelgruppe 63 - Förderung von Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit - werde wieder mit 1 Million DM veranschlagt.

Ministerialrat Breuksch (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) kommt auf Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - Titel 653 20 - Zuweisungen für Fachberater in Tageseinrichtungen für Kinder und Einschulungshilfen für ausländische Kinder - zu sprechen. Darüber sei in der Sitzung am 9. September 1993 ausführlich gesprochen worden - vgl. APr 11/962.

Im Entwurf des Haushaltsplans 94 sei der Ansatz in diesem Bereich um 10 % gekürzt worden. Minister Müntefering habe im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie vorgetragen, daß der Haushalt auch in diesem Bereich zu den Sparmaßnahmen beitragen müsse. Die Maßgabe, nach der sich das Ministerium gerichtet habe, laute, reine Maßnahmenförderungen dürften beschnitten werden, um dort, wo andernfalls Strukturen zerstört würden, die Kürzungen zu minimieren oder ganz darauf zu verzichten. Insbesondere sollte die Entlassung von Fachkräften vermieden werden.

Bei den Einschulungshilfe für ausländische Kinder werde die Quantität der Maßnahmen reduziert. Dies könne aber auch dadurch gerechtfertigt werden, daß aufgrund des Ausbauprogramms der Landesregierung jährlich 20 000 bis 25 000 Kindergartenplätze geschaffen würden und viele Kinder dort untergebracht werden könnten. Die Arbeitsgruppe habe unterstrichen, daß Priorität für drei- bis sechsjährige Kinder immer der Kindergartenbesuch haben sollte, damit nicht auf die halbjährige Einschulungshilfe vor der Einschulung zurückgegriffen werden müsse.

Ministerialrat Schmitz (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) verweist auf Kapitel 07 060 - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge - Titel 684 11 - Zuschüsse zur Durchführung der sozialen Betreuung der Vertriebenen -. Hier werde eine Kürzung

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

von 280 000 DM auf 820 000 DM vorgenommen. Dies hänge damit zusammen, daß sich der Zugang an Aussiedlern stark verringert habe. Bisher sei daraus auch der Kindergarten in Waldbröl bezuschußt worden. Aufgrund des neuen Kindergartengesetzes seien nun Entlastungen für den Träger vorgesehen.

Aus dieser Position seien auch Fahrtkosten für Mitarbeiter der Jugendgemeinschaftswerke finanziert worden, und zwar für die aufsuchende Betreuung. Er erwarte, daß Jugendgemeinschaftswerke, die selber bestimmten, wie oft und wann sie jemanden aufsuchten, in Anbetracht der geringer gewordenen finanziellen Mittel entsprechende Einschränkungen vornähmen.

Für die Betreuung der Schüler in Förderschulinternaten seien bisher 6 DM pro Tag für das Vertrautmachen mit kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland zur Verfügung gestellt worden. Die Zahl der Schüler gehe zurück. Die eigentlichen Fördermaßnahmen würden aus dem Garantiefonds des Bundes bezahlt.

Anträge auf Beihilfe in besonders gelagerten Härtefällen - vergleiche Erläuterungen auf Seite 191 des Einzelplans 07 - seien kaum gestellt worden, so daß dieser Ansatz entsprechend dem tatsächlichen Verbrauch des Jahres 1992 vermindert worden sei.

Titel 892 20 - Zuschuß des Landes für die Errichtung und Einrichtung von Förderschulinternaten sowie zur Einrichtung von Unterrichtsräumen für Sprachkurse für Spätaussiedler - sei ebenfalls um 200 000 DM aufgrund der zurückgehenden Aussiedlerzahlen gekürzt worden.

Sodann kommt Herr Schmitz auf Titelgruppe 62 - Untersuchungen, Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung von Aussiedlern und Flüchtlingen - zu sprechen. In diesem Jahr seien drei Untersuchungen durchgeführt worden, unter anderem eine Untersuchung über Probleme und Problemlösungsstrategien bei der Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen in Nachbarschaft zu den Einheimischen. Ziel sei es, Empfehlungen an die Gemeinden herauszugeben, um die Schwierigkeiten, die zum Teil vor Ort entstünden, gering halten zu können.

Das zweite betreffe eine Analyse der Organisations-, Arbeits- und Interaktionsprozesse bei der Realisierung des Asylbeschleunigungsgesetzes in den Gemeinschaftsunterkünften in Trägerschaft des Landes. Aufgrund der Umressortierung gehörten diese Maßnahmen jetzt in den Bereich des Innenministers, so daß künftige Untersuchungen

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

dieser Art nicht mehr aus diesem Titel finanziert werden müßten. Letztlich verweise er noch auf ein Modellvorhaben zur Erstellung einer Konzeption für berufsorientierte Deutschkurse für länger in Deutschland weilende ausländische Flüchtlinge, die keine sonstigen Ansprüche hätten. Dafür stünden, zusammengenommen, 500 DM für das kommende Jahr bereit.

Das Land übernehme hierbei den Anteil, den normalerweise die Kommunen zahlen müßten. Auch hier habe sich der Bedarf aufgrund einer geringeren Zahl an Aussiedlerkindern und aufgrund der Bestimmungen des Kindertagesstättengesetzes verändert.

Abgeordnete Matthäus (CDU) spricht die Vermittlung von ausländischen Jugendlichen in Berufe an, was auch mit Titelgruppe 60 in Kapitel 07 020 abgedeckt werde. Viele Arbeitsplätze in NRW könnten überhaupt nicht besetzt werden. Man überlege ja sogar, Jugendliche aus den neuen Ländern hierherzuholen. Ihr sei bekannt, daß viele Arbeitnehmer gerne ausländische Jugendliche nähmen; andere blockten von vornherein ab. Sie meine, daß es aufgrund der Lage am Ausbildungsmarkt eigentlich einfacher sein müßte, ausländische Jugendliche zu vermitteln.

Nach Ansicht der **Abgeordneten Schumann (GRÜNE)** müssen die Einschulungshilfen so lange angeboten werden, bis genügend Kindergartenplätze zur Verfügung stünden. Sie frage, wie der Ansatz im Einzelplan 07 aussehen müßte, damit die Kinder, die keine Kindergartenplätze bekämen, zumindest an einer Einschulungsmaßnahme teilnehmen dürften.

Die Vertreter des Ministeriums hätten in einer der letzten Sitzungen erwähnt, daß in Vorgriff auf den eingebrachten Haushalt Rundschreiben an die Kommunen und an die Träger herausgegeben worden seien, damit sich alle auf Kürzungen einstellen könnten. Sie frage, ob es schon Reaktionen von seiten der Träger gebe und ob weniger Anmeldungen vorlägen und weniger Interesse festgestellt werde.

Beim letztenmal sei ihr gesagt worden, daß für Jugendliche und Kinder ohne gesicherten Aufenthaltsstatus nichts im Haushalt veranschlagt werde. Nun höre sie, daß für diese Jugendliche über ein Modellvorhaben Ausbildungsmöglichkeiten gesucht würden. Sie begrüße dies, denn die Jugendlichen sollten auf keinen Fall ärmer nach Hause gehen, als sie hierhergekommen seien. Sie erkundige sich, wie mit den Kindern und Jugendlichen im Schulalter umgegangen werde, ob sie bei den Seitenein-

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"

01.10.1993

sd-mj

13. Sitzung

steigern berücksichtigt würden, sie hätten ja ein Recht auf Schule, aber keine Schulpflicht.

MR'in Köhler-Büssow (MAGS) stellt heraus, auch dort, wo sich der Ausbildungsmarkt entschärft habe, hätten die Probleme für ausländische Jugendliche nicht gleichermaßen nachgelassen. Über die Ursachen finde man eine Reihe von Untersuchungen. Aus Köln liege eine sehr gründliche Auswertung vor.

Das Einstellungsverhalten der Betriebe, aber auch das Auswahlverhalten der Jugendlichen spielten die zentrale Rolle. Ein relativ großer Teil der ausländischen Jugendlichen werde im Handwerk ausgebildet. Viele Arbeitgeber bevorzugten jedoch immer noch homogene Gruppen, wobei ausländische Jugendliche diese Homogenität "durchbrechen".

Das Auswahlverhalten der Jugendlichen selber hänge stark von dem Willen der Eltern ab. Dabei dürfe die noch im Kopf existierende Rückkehrorientierung nicht außer acht gelassen werden. Die Ausbildung, die die Jugendlichen suchten, orientierte sich oft an dem, was im Herkunftsland erforderlich sei oder Prestige bringe. In diesem Zusammenhang verweise sie auf ein Handbuch für die Berufsberatung von Professorin Boos-Nünning, herausgegeben von der Bundesanstalt für Arbeit "Jugendliche ausländischer Herkunft vor der Berufswahl".

Beispielsweise werde in Griechenland für relativ wenig qualifizierte Tätigkeiten auf jeden Fall Abitur und Hochschulstudium erwartet. Das beeinflusse auch die Ausbildungsvorstellungen der griechischen Jugendlichen in der Bundesrepublik. Für bestimmte Gruppen funktioniere die Einbindung in das duale System nicht. Diese Phänomene würden bei der Berufsberatung berücksichtigt. Die ausländischen Jugendlichen gingen mittlerweile vermehrt zur Berufsberatung.

Das Land fördere Motivationsstützungs- und Orientierungsmaßnahmen, welche sehr stark, gerade auch von türkischen Mädchen, angenommen würden. Leider zeige sich immer wieder, daß viele, inzwischen schon besser gebildete und ausgebildete ausländische Jugendliche nicht in die entsprechenden Berufe hineinkämen, was unterschiedliche Gründe habe. Im Bereich Kindergärten, Gesundheitswesen oder Altenpflege sei dies nicht so problematisch. Viele Träger würden zwar ausbilden, aber nicht unbedingt die Betroffenen einstellen.

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

An Frau Schumann gewandt, gibt **Ministerialrat Breuksch (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales)** an, man könnte überlegen, wieviel Kindergartenplätze fehlten, um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu gewährleisten, und diese Zahlen dann mit denen der ausländischen Kinder in Verbindung bringen.

Die Zahlen, die notwendig seien, um den Anspruch auf ein Kindergartenplatz zu gewährleisten, schwankten erheblich. Hier werde von bis zu 150 000 Plätzen gesprochen, zehn bis 13 % mache der Anteil der ausländischen Kinder etwa aus. Er glaube aber nicht, daß das mit der Realität übereinstimme.

An den 50 Einschulungsmaßnahmen im Jahre 1993 hätten 600 Kinder teilgenommen. Eine Nachfrage bei den Landesjugendämtern habe ergeben, daß für 1994 in etwa die gleiche Bedarfslage erwartet werde. Man rechne mit keiner Steigerung wie etwa in den Jahren 1992 auf 1993. Der Erlaß aus dem Juni 1993 habe bisher keine Reaktionen hervorgerufen.

MR Schmitz (MAGS) legt dar, das von ihm erwähnte Modellvorhaben ziele auf Jugendliche und Erwachsene, die ihre Schulausbildung abgeschlossen hätten. Von daher rühre auch der Begriff berufsorientierte Maßnahmen und Orientierungsphasen.

Er gehe davon aus, daß die Kinder und Jugendlichen, die sich noch in der Schule befänden, aufgrund der dortigen Maßnahmen entsprechend gefördert würden. Das Arbeitsministerium habe da ansetzen wollen, wo es bisher überhaupt noch keine Ansprüche gebe. Aufgrund der Umressortierung werde sich das MAGS künftig verstärkt auf die Integrationsfragen konzentrieren. Es sei daran gedacht, in den nächsten Jahren ein integrationspolitisches Gesamtkonzept für Zuwanderer aller drei Gruppen, nach denen differenziert werde, auszuarbeiten. Dabei würden sicherlich auch die Kinder und Jugendlichen in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium entsprechend gewertet.

MR'in Leckebusch (KM) weist darauf hin, Kinder von Asylbewerbern seien berechtigt, die Schule zu besuchen, nicht aber verpflichtet. Die Schule wiederum sei verpflichtet, sie aufzunehmen. Die Berechtigung gehe also von den Eltern aus.

Zu der Gruppe von Seiteneinsteigern, die sie eben genannt habe, gehörten auch die Kinder von Asylbewerbern. Oft seien dies die problematischen Kinder.

Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen
und Aussiedlerkindern"
13. Sitzung

01.10.1993
sd-mj

Der Vorsitzende hält es für notwendig, die Einschulungshilfen nicht zu kürzen. Es erscheine ihm wichtiger, solche Maßnahmen beizubehalten, als Einzelmaßnahmen quasi als Streichholzaktionen gegen Ausländerfeindlichkeit zu fördern.

MR Breuksch (MAGS) erinnert daran, daß die Arbeitsgruppe gefordert habe, daß die Einschulungshilfen auch im nächsten Jahr mit 70 % weiter gefördert werden sollten. Dafür würden aber 285 000 DM mehr benötigt. Der Fördersatz hätte nun auf 58,7 % gesenkt werden müssen. Er werde weiter abgesenkt, und zwar auf einen Betrag, der unter 50 % liege. Damit bekomme man 50 Maßnahmen gefördert.

2 Lernen für das Leben in einer multikulturellen Gesellschaft

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2643

Der Vorsitzende führt aus, in der Plenardebatte hätten alle Fraktionen übereinstimmend festgestellt, daß es hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gehe, die nur unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen langfristig zu bewältigen sei. Ausländischen Schülern und Schülerinnen mit anderer kultureller Herkunft müsse ein gleichberechtigter Platz im Bildungssystem und im schulischen Alltag eingeräumt werden.

Die Landtagsdebatte habe auch gezeigt, daß alle Fraktionen der Zielsetzung des Antrages positiv gegenüberstünden. Nur die Begründung, die der Antrag enthalte, werde unterschiedlich gesehen. Sie dürfe eigentlich so nicht stehen bleiben.

Viele Forderungen aus dem Antrag seien schon Wirklichkeit. Eine Vielzahl von Aktivitäten im Bildungsbereich trügen bereits jetzt dem Anliegen des interkulturellen Lernens Rechnung. Die Erziehung der Kinder zu aktiver Toleranz sei Verfassungsauftrag. Die Bereitschaft von Lehrerinnen und Lehrern, sich hierfür in ihrer täglichen Arbeit einzusetzen, sei nachdrücklich zu fördern.